

Jochen Haußmann

Freie
Demokraten
FDP



Presseinformation

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de

Jochen Haußmann unterstützt Windkraftgegner Windräder bei Weinstadt und Winterbach machen keinen erkennbaren Sinn

Die Bürgerinnen und Bürger aus Manolzweiler, die sich mit einer Petition an den Landtag gegen die Windkraftstandorte WN-33 Nonnenberg und WN-34 Goldboden wehren, haben die volle Unterstützung des FDP-Landtagsabgeordneten Jochen Haußmann. „Windräder an diesen Standorten machen keinen Sinn.“ Dass ein Investor ausgestiegen ist, nun aber plötzlich die EnBW bauen will, bestätigt für ihn einen Verdacht, den die Liberalen schon länger haben: „Grün-rot missbraucht eventuell ein landeseigenes Unternehmen, um Windräder zu pflanzen, wo keine hingehören“. Aufklärung soll eine Kleine Anfrage bringen, die er zusammen mit seinem Kollegen Andreas Glück eingereicht hat: „Die Landesregierung soll sagen, ob sie in Baden-Württemberg eine versteckte Subventionierung von Windenergievorhaben betrieben hat, wie sie rot-grün in Rheinland-Pfalz einräumen musste.“ Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Kreistag wird er sich außerdem beim Landkreis erkundigen, ob der als Naturschutzbehörde WN-33 und WN-34 überhaupt zustimmt: „Da steht die Information noch aus.“

Jochen Haußmann bekräftigt damit seine Position aus der regionalen Windkraftdebatte im Herbst, dass er die beiden Gebiete als ungeeignet ansieht. Dabei stützt er sich unter anderem auf die Expertise der Landratsämter Waiblingen und Esslingen: „Der Rems-Murr-Kreis hat in seiner Stellungnahme zu WN-33 an die Region gesagt „das Gesamtgebiet wird aufgrund artenschutzrechtlicher Hindernisse als nicht erfolgsversprechend eingestuft und sollte daher gestrichen werden“. Wurde es aber von der Regionalversammlung nicht. Zu WN-34 hatte das Landratsamt Waiblingen auf das bestehende Landschaftsschutzgebiet (LSG) hingewiesen, allerdings angeboten, „ergebnisoffen zu prüfen“. Das Landratsamt Esslingen, in dessen Zuständigkeit auch ein Teil liegt, hat schon geprüft. Ergebnis: Die Erträge sind „... zu gering, um ein öffentliches Interesse an der regenerativen Energie begründen zu können. Eine Änderung der LSG-Verordnung kann deshalb nicht in Aussicht gestellt werden.“

Die Bürgerinitiative will mit ihrer Petition erreichen, dass der Landtag dem Verband Region Stuttgart auferlegt, die beiden

Jochen Haußmann

Freie
Demokraten
FDP



Presseinformation

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de

Standorte erneut zu prüfen, weil die Regionalversammlung beim Beschluss gegen ihre eigenen Kriterien verstoßen habe. Würden diese richtig angewendet, würden beide Flächen als Standorte für Windräder wegfallen. Dass sie diesen Weg geht, unterstützt Jochen Haußmann, weil „Fehler korrigiert werden müssten und sich zeigt, dass auch unwirtschaftliche Standorte nicht vor Windradbebauung sicher sind.“

Denn eigentlich, sagt Jochen Haußmann, „hätte das Thema bereits erledigt sein sollen seit die KommunaWind GmbH nach der Ausweisung der Flächen ihre Rechte wie Sauerbier angeboten hat aber selbst die Gemeinde Winterbach, deren Bürgermeister ein anerkannter Verfechter der Windenergie ist, abgewunken hat.“ Dass jetzt plötzlich die landeseigene EnBW als Investor auftaucht, gibt aus seiner Sicht dem Thema „eine neue Dimension“. Denn „wir haben schon längere Zeit den Verdacht, dass die EnBW von der grün-roten Regierung buchstäblich ohne Rücksicht auf Verluste zur Durchsetzung ihrer Windspielzeuge eingesetzt werden soll.“ Schon die jetzt fälligen Messreihen kosteten das Geld der Stromkunden. Bewusst Verluste durch unwirtschaftliche Projekte in Kauf zu nehmen, sei aber auch bei einem landeseigenen Unternehmen unzulässig. Zumal es ja bei der EnBW „vordringlich ist, die wieder so aufzustellen, dass sie in den Stromvergleichsportalen mit ihren Tarifen wieder konkurrenzfähig ist.“

Jochen Haußmann: „Der Rechnungshof hat in einem Sonderbericht festgestellt, dass seine Kontrolle der EnBW durch zusätzliche Berichte verbessert werden muss, unter anderem um zu sehen ob risikoreiche Geschäfte betrieben werden. Das fehlt im Moment.“ Windräder an den Standorten WN-33 und WN-34 rechnet Jochen Haußmann zu diesen „risikoreichen Geschäften, so was führt zu Verlusten“. Das Thema habe aber auch eine politische Dimension: Erstens „will die FDP im Fall einer Regierungsbeteiligung eine 1.500-Meter-Schutzzone durchsetzen, in der Windräder generell untersagt sind“. Zweitens seien beide auf dem Schurwald strittigen Bereiche als Klimaschutzwald eingestuft: „Der schützt laut der Landesanstalt für Umweltschutz bebaute oder landwirtschaftlich genutzte Flächen vor nachteiligen Kaltluft- und Windeinwirkungen. Holzen wir den Wald ab, hat die kalte Luft am Windrad vorbei freie Bahn und die Menschen müssen im Winter die Heizung hochdrehen, klingt irgendwie nicht sinnvoll, sondern im Endeffekt sogar klimaschädlich.“